

BEBAUUNGSPLAN DER STADT NEUERBURG

Teilgebiet „Lindenstraße“



I. TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Bei dem vorliegenden Bebauungsplan handelt es sich um einen sogenannten „einfachen Bebauungsplan“ nach § 3 (1) BauGB. Er dient ausschließlich zur Feststellung der geplanten Straßenausweisung (§ 50).

A) Art und Maß der baulichen Nutzung nach § 9 (1) BauGB i.V.m. § 12 (1) BauGB

1. In Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes wird „Mischgebiet“ (M) festgesetzt.
2. Als Maß der baulichen Nutzung werden die Höchstwerte nach § 9 (1) BauGB festgesetzt.
3. Als Art der baulichen Nutzung ist nach § 9 (1) BauGB im Bereich der Straßen und Plätze „Verkehrsfläche“ festgesetzt.
4. Soweit im Geltungsbereich baulichen eingeschlossen sind, ist eine Nutzung ausschließl. als Freizeitanlage zulässig.

B) Sonstige Festsetzungen

1. Der von Straßenbaubeamt Gerolstein aufgestellte Ausbauentwurf der K 50 für die Ortsdurchfahrt Neuerburg ist Bestandteil des Bebauungsplanes. Die Art des Straßenausbaus ist dem Straßenbaubeamt zu entnehmen.
2. Es darf kein Oberflächenwasser von den Nebenstraßen und Hofflächen der K 50 zugeführt werden.
3. Festsetzung der Höhenlage (§ 9 BauGB): Die Höhenlage der neuen Straßentrasse ist aus dem beiliegenden Straßenbauprojekt des Straßenbaubeamt Gerolstein ersichtlich. Die Querprofile zeigen das vorhandene Ursprungs- und die neue Höhenlage der Straße und des Gehweges. Die durch die neue Höhenlage der Straße erforderlichen Höhenanpassungen sind ebenfalls aus den Querprofilen ersichtlich.
4. geringfügiger Abweichungen wird auf § 125 (3) BauGB verwiesen.

C) Grünordnerische Festsetzungen nach § 9 (1) 25a BauGB

1. Für die Grünordnerischen Festsetzungen sind die Darstellungen und Erläuterungen im Ausbauentwurf maßgebend.
2. In Flur 4, Parzellen 20, 21, 22 und 23/3, sind die gekennzeichneten Flächen für landschaftspflegerische Zwecke zur Verfügung zu stellen. Die Durchführung der Maßnahmen erfolgt gemäß Begründung zum Bebauungsplan.
3. Die dargestellten Gehölze (Einzelbäume) sind mit einer Genauigkeit von $\pm 2,00$ m zu pflanzen. Der Mindestabstand zum Fahrbahnrand bzw. der Völligkeit beträgt 1,00 m.
4. Mindestanforderungen an das Pflanzgut:
- Verpflanztes Material: Stammumfang mind. 18 - 20 cm.
Für Pflanzungen sind folgende Pflanzen zu verwenden:
Einzelbäume:
- Bergahorn (*Acer pseudoplatanus*)
- Eiche (*Fraxinus excelsior*)
- Stieleiche (*Quercus robur*)
Strauchgruppen:
- Funkhülsstrauch (*Potentilla fruticosa* Arbuscula)
- Johanniskraut (*Hypericum moserianum*)
- Immergrün, Kleheiborn (*Vincetoxicum*)
- Glanzrose (*Rosa nitida*)

II. Hinweise

1. Maßstäbliche Abweichungen können sich ergeben durch örtliches Aufmaß sowie durch den verwendeten Katastermaßstab. Im Zweifelsfall gilt der von Straßenbaubeamt Gerolstein erstellte Ausbauentwurf.
2. Für die Durchführung der Lärmschutzmaßnahmen gilt die 16. Verordnung zur Durchführung des Bundeslärmschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung) vom 12.6.1990.
Für den Ausbaubereich wurde eine lärmtechnische Untersuchung durchgeführt. Demnach sind keine Lärmschutzmaßnahmen an Gebäuden erforderlich.

LEGENDE

BEGRENZUNGEN

- GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES
- GRENZE BESTEHENDER BEBAUUNGSPLÄNE

ERSCHLIESSUNG

- NEUER STRASSE
- STRASSE
- OFFENTLICHE VERKEHRSFLÄCHE

GRÜNFLÄCHEN, LANDESPFLEGEFLÄCHEN, PFLANZBINDUNGEN

- OFFENTLICHE GRÜNFLÄCHE
- UMGABUNG VON FLÄCHEN FÜR MASSANSAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUM PFLEGE UND ZUM ENTWICKELUNG DER LANDSCHAFT
- ERHALTUNG EINZELBAUM
- PFLANZUNG EINZELBAUM

SONSTIGE FESTSETZUNGEN

- GEB- UND NUTZUNGSRECHT ZUGEHÖRENDES LANDESMESSENTWURF

BESTANDSANGABEN

DIE FÜR DIE DARSTELLUNG DES BESTANDES VERWENDETEN SIGNATUREN ENTSPRECHEN, SOWEIT NICHT AUFGEFÜHRT DEN ZEICHENSCHLÜSSEL FÜR KATASTERKARTEN UND VERMESSUNGSBLÄTTER IN DR.-PFL.

Rechtsgrundlagen zum Bebauungsplan

1. Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 06.12.1986 (BGBl. I S. 2253), zuletzt geändert durch Art. 1 Kap. XIV Abschn. 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 21.08.1990 (BGBl. I S. 2000), i.V.m. Art. 1 des Gesetzes vom 23.05.1990 (BGBl. I S. 889), insbesondere die §§ 1, 2, 3, 4, 8 bis 12, 20, 23, 25 und 122.

2. Maßnahmengesetz zum BauGB (BauGB-Maßnahmengesetz) vom 17.05.1990 (BGBl. I S. 900), zuletzt geändert durch Art. 1 Kap. XIV Abschn. 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 21.08.1990 (BGBl. I S. 2000), i.V.m. Art. 1 des Gesetzes vom 23.05.1990 (BGBl. I S. 889), insbesondere die §§ 1, 2, 3, 4, 8 bis 12, 20, 23, 25 und 122.

3. Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 06.12.1986 (BGBl. I S. 2253), zuletzt geändert durch Art. 1 Kap. XIV Abschn. 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 21.08.1990 (BGBl. I S. 2000), i.V.m. Art. 1 des Gesetzes vom 23.05.1990 (BGBl. I S. 889), insbesondere die §§ 1, 2, 3, 4, 8 bis 12, 20, 23, 25 und 122.

4. Planfeststellungsbeschluss (PlanFestB) vom 16.12.1990 (BGBl. I S. 58), insbesondere die §§ 1 bis 11, i.V.m. § 100 (1) BauGB.

5. Landesbauordnung für Rheinland-Pfalz (LandBO) vom 28.11.1986 (GVBl. S. 307), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.04.1991 (GVBl. S. 104), insbesondere die §§ 1, 2, 3, 4, 8 bis 12, 20, 23, 25 und 122.

6. Baugesetzbuch (BauGB) § 2 Abs. 4 i.V.m. § 86 Abs. 6 der Landesbauordnung für Rheinland-Pfalz (LandBO).

7. Landespflegegesetz (LPfG) i.d.F. vom 05.02.1979 (GVBl. S. 36), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.04.1991 (GVBl. S. 104), insbesondere die §§ 1, 2, 3, 4, 8 bis 12, 20, 23, 25 und 122.

8. Bundes-Immunisierungsgesetz (BImG) vom 14.05.1990 (BBl. I S. 889), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.04.1991 (GVBl. S. 104), insbesondere die §§ 1, 2, 3, 4, 8 bis 12, 20, 23, 25 und 122.

9. Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) vom 14.02.1973 (GVBl. S. 419), zuletzt geändert durch Gesetz vom 02.06.1992 (GVBl. S. 104), insbesondere die §§ 1, 2, 3, 4, 8 bis 12, 20, 23, 25 und 122.

10. Landesverwaltungsamt (LVA) i.d.F. vom 01.08.1977 (GVBl. S. 273), zuletzt geändert durch das 5. Landesgesetz zur Änderung des Landesverwaltungsamtes für Rheinland-Pfalz vom 08.04.1991 (GVBl. S. 124).

Es wird beantragt, dass die Flurstücke mit ihren Grenzen und Bezeichnungen mit dem Liegenschaftskataster übereinstimmen.

Bitburg, den 10.7.1990

Katasteramt

Im Hinblick auf die zur Verwirklichung des Bebauungsplanes vorgesehene Umsetzung/Grenzziehung werden keine Bedenken gegen die Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB erhoben.

den, 02.03.94

Katasteramt

Dieser Bebauungsplanentwurf einschließlich der Textfestsetzung hat mit der Begründung gem. § 3 (3) BauGB auf die Dauer eines Monats in der Zeit vom 2.12.1993 bis 3.1.1994 zu jedermanns Einsicht öffentlich aus- gegeben. Ort und Dauer der Auslegung wurden am 26.11.1993 mit dem Hinweis ersichtlich bekannt- gemacht, daß Bedenken und Anregungen während der Aus- legungsfrist vorgebracht werden können.

Der Stadt-/Gemeinderat Neuerburg hat am 3.12.1994 den Bebauungsplan gem. § 24 der Gemeindeordnung von Rheinland-Pfalz vom 14.12.1973 und gem. § 10 BauGB einschließlich der bau eingetragenen Änderungen als Satzung

Dieser Bebauungsplan einschließlich der Textfestsetzung ist gem. § 1 (1) BauGB durch Verfügung von Bezirksregierung Trier/Kreisverwaltung Az.:

BESCHLOSSEN

GENEHMIGT

den,

Im Auftrage:

AUSFERTIGUNG

Die Übermittlung des textlichen und zeichnerischen Inhalts dieses Bebauungsplans mit dem Wert der Gemeinde-Rach- rates sowie die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplans werden be- kannt.

Die ursprüngliche Bekanntmachung wird nach Maßgabe des § 12 BauGB angeordnet.

Dieser Bebauungsplan einschließlich der Textfestsetzung wurde gemäß § 11 (3) Baugesetzbuch am bei der Kreisverwaltung Bitburg-Prüm an- gezeigt.

Verletzungen von Rechtsvorschriften werden nicht geltend gemacht.

54634 Bitburg, 22.04.1994

Kreisverwaltung Bitburg-Prüm

In Auftrag:

(Hoyer-Schlöder)

Die Genehmigungsverfügung der Bezirksregierung/Kreis- verwaltung vom 02.05.1994, die Durchführung des Anzeigeverfahrens vom 02.05.1994, gem. § 12 BauGB ersichtlich bekannt- gemacht worden mit dem Hinweis, daß der Bebauungsplan wäh- rend der Dienststunden bei der LVA, 54634, Neuerburg, von jedermann eingesehen werden kann.

Mit dieser Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan

RECHTSVERBINDLICH

den, 02.05.94

Stadt-/Gemeinderat

den, 02.05.94

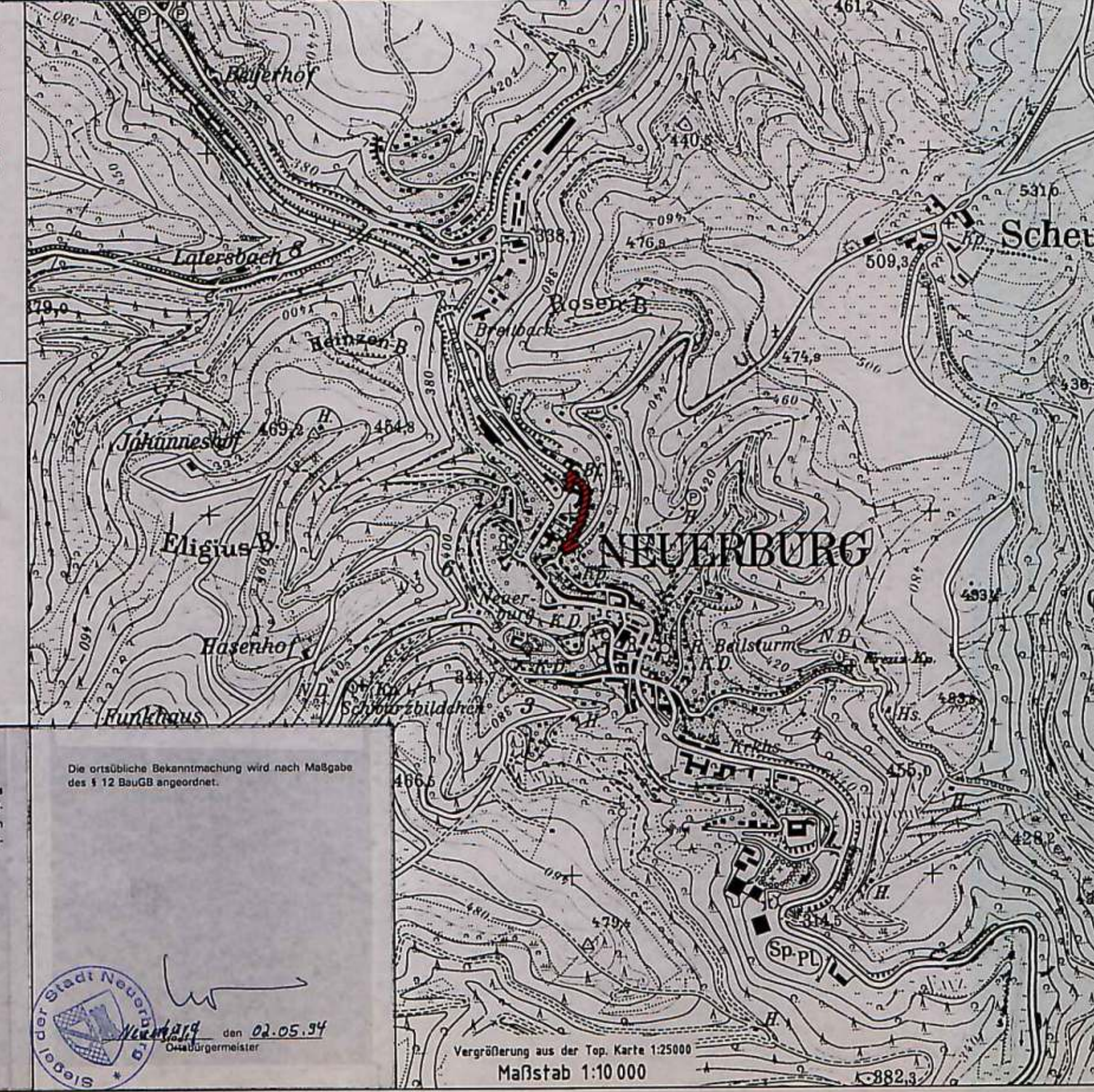
Stadt-/Gemeinderat

den, 02.05.94

Stadt-/Gemeinderat

den, 02.05.94

Stadt-/Gemeinderat



VERFASSER:

STOLZ + PARTNER
HAARSTRASSE 25-27 · 5500 TRIER · TEL. 0651/24028

LANDESPFLEGERISCHE AUSSAGEN:

INGENIEURBÜRO SCHEUCH
INGENIEURGESELLSCHAFT MBH · 5540 PRÜM

26/11/93